

Freidenker

zwischen Rhein und Saar

Mitteilungsblatt

des Landesverbandes Rheinland-Pfalz / Saarland

Dresden, Montag, 8. Dezember

GEGEN BIEDERMÄNNER UND BRANDSTIFTER



Foto: Burgi/dpa

Überall treffen die Neofaschisten und Rechtskonservativen auf Widerstand, nicht nur in Köln, Berlin und Dresden; auch in kleineren Städten, die nicht in den überregionalen Medien genannt werden. Wie z.B. im November in Völklingen/Saarland; dort konnten die Saar-Hooligans und Neonazis durch den Widerstand der antifaschistischen Bewegung nur eine Kundgebung auf einem abgelegenen Platz durchführen. Dieser Widerstand macht Hoffnung! An dieser Hoffnung sollten Freidenker sich beteiligen!

-----Heft 3 / Dezember 2014---

Verantw. f. d. Inhalt: DVF-RPS,

E-Mail: dfv-rps@t-online.de

Karin Gottlieb, Frinkenstr. 9, 55743 Idar-Oberstein, Tel: 06781/1685

Rainer Dörrenbecher, Adlersbergstr. 39, 66540 Neunkirchen, Tel: 06821/52439

Bankverbindung: KSK Birkenfeld Kt. Nr. 61255BLZ 56250030

Editorial:

Liebe Freidenker Genossinnen und Genossen

Ein bewegtes Jahr neigt sich dem Ende. Es stand im Zeichen des Beginns des **1. Weltkrieges** vor 100 Jahren und dessen Ende schon den Grundstein für den darauf folgenden 2. Weltkrieg legte, mit seinen ganzen verheerenden Folgen.

Der Schwur der Überlebenden von Buchenwald „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg „sollte die Grundlage für ein neues, antifaschistisches, friedliches, demokratisches Deutschland sein“. Nur, leider wurde aus diesem Deutschland kein einheitliches, neutrales Land, sondern auf Betreiben Adenauers und der alliierten Westmächte, auch der SPD, ein gespaltenes Deutschland, mit dem Feindbild Sozialismus, der DDR und der Sowjetunion. Diese Entwicklung der Nachkriegsgeschichte ist detailliert nachzulesen im letzten Verbandsheft **FREIDENKER**. Seit 1989 haben wir wieder ein Groß-Deutschland und die Auflösung der sozialistischen Staatengemeinschaft.

Was hat uns dies eigentlich gebracht? Seit **1989** ist bei uns ein **radikaler Sozialabbau** im Gange. Die Errungenschaften, die sich Arbeiterinnen und Arbeiter mit ihren Gewerkschaften bitter erkämpfen mussten, werden uns Stück für Stück von Bundesregierung zu Bundesregierung wieder weggenommen. Ca. 60% der berufstätigen Menschen sind in diesem Land in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt; Armut und Altersarmut wachsen und sind keine Randerscheinung mehr. Die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander.

Im gleichen Zeitraum hat sich **die NATO** zu einem alltäglichen Kriegspakt „im Einsatz“ entwickelt. Angefangen mit der Zerschlagung Jugoslawiens, den Kriegen im Irak, Afghanistan, Libyen u. a. verfolgen die USA und ihre Nato Verbündeten das Ziel der Rohstoffsicherung und Marktbeherrschung. Vor allem die Bundesrepublik Deutschland will immer weiter in den Osten vordringen. Die Nato steht, wenn Ihr es Euch auf der Landkarte anschaut, mit ihren Raketen, vor Russlands Grenzen. Die Ukraine ist dabei inzwischen williger Partner.

Das Feindbild „Sozialismus“ ist durch den „Islam“ abgelöst worden. Das alles gibt berechtigten Grund zur Sorge. Obwohl wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten einmischen, uns an Demos beteiligen und aufklärend wirken – angesichts des Elends und der Massenflucht von Menschen aus ihren Heimatländern infolge der Kriege kommen wir uns macht- und hilflos vor.

Trotz alledem! Wir müssen uns weiter einmischen. Bei den Ostermärschen, am 1. Mai, in Parteien und Gewerkschaften oder am Infostand in der Fußgängerzone. Wir wollen eine friedliche Welt, in der alle Menschen nach ihren Fähigkeiten und nach ihren Bedürfnissen ein lebenswertes Leben führen können.

Zum Schluss möchte ich Euch auf unsere Jahresversammlung mit Neuwahlen hinweisen; sie ist geplant für Sonntag den 22. Februar 2015.

Ich wünsche Euch allen ein gutes Neues Jahr

Karin Gottlieb

zu diesem Heft:

• **Rückblick**

Erklärung des Verbandsvorstandes zum „Ukraine-Konflikt“

Diese Erklärung hat im Freidenker-Verband und darüber hinaus eine lebhafte und kontroverse Diskussion ausgelöst. Dies war im Verbandsheft Nr.2 zum Teil nachzuvollziehen. Die Diskussion dazu hat weiter angehalten, vor allem bei Kräften der Friedensbewegung, auch bei Genossinnen und Genossen, die in der Friedensbewegung engagiert sind. Die Friedensbewegung braucht meiner Meinung nach keine Belehrungen, sie braucht Belebung!!! Im Verbandsheft Nr.3 wurde dazu jedoch nichts mehr veröffentlicht. Das hat wiederum weiteres Unverständnis ausgelöst. Es wäre gut, der Verbandsvorstand würde die Diskussion wieder aufnehmen.

Wochenend-Seminar im Weingut Eicher

Unter dem Titel „China und Antideutsche als Themen“ war im Verbandsheft Nr.3 ein Bericht zum diesjährigen Seminar der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz/Saarland veröffentlicht.

„Antifa heißt Luftangriff!“ Reaktionäre Tendenzen in der deutschen Linken mit Susann Witt-Stahl (Hamburg) und China, die neue Supermacht? mit Rainer Rupp (Saarburg); waren die Themen.

• **Rechtskonservative u. Neofaschisten brauchen Druck**

Die offensichtlich zunehmende Abwendung von Gläubigen von den Staatskirchen und der damit verbundene Rückgang der Beitragszahler führen nicht nur zu innerkirchlichen Auseinandersetzungen. Das wäre nicht unsere Angelegenheit. Doch die Debatte wirkt sich aus im gesellschaftlichen Leben. Katholische Dogmen, christlicher Fundamentalismus, „christlich-abendländisches“ und völkisches Bewusstsein, einschließlich des dazugehörigen Rassismus werden massiv in Medien verbreitet. Dazu und zum Widerstand sind mehrere Artikel.

Auch die neoliberale Gesellschaftskonzeption erzeugt im Jahr 20 von Hartz IV zunehmenden Widerstand in der Bevölkerung. Die aggressive, kriegsorientierte Außenpolitik wird trotz „Dauerfeuers“ aus allen Kanälen und Blättern in der Bevölkerung nicht wirklich beliebt. Droht die Stimmung zu kippen? Droht gar „rot-rot-grün“ nach der nächsten Bundestagswahl. Obwohl eher unwahrscheinlich, aber vorbeugen ist besser.

(Fortsetzung Seite 12)

100 Jahre 1. Weltkrieg: Mobilmachung für Geschichtsfälscher

Das 2013 erschienene Buch des australischen Historikers Christopher Clark „Die Schlafwandler“ ist in Deutschland ein Bestseller. Kein Wunder, vertritt er doch die These, die europäischen Mächte seien allesamt in den Krieg hineingeschlittert. Deutschland ist wieder einmal freigesprochen. Die marxistische und auch der um Objektivität bemühte Teil der bürgerlichen Geschichtsforschung haben die Hauptverantwortung Deutschlands seit Jahrzehnten nachgewiesen. (*)



1914 - 2014 Widerstand gegen imperialistische Kriege

entfaltet. Albert H.V. Kraus ist promovierter Gymnasiallehrer für Geschichte und Träger des Bundesverdienstordens mit Urkunde. „Kraus habe durch seine besonderen Verdienste rund um die Vermittlung der saarländischen Geschichte zu einem lebendigen Dialog beigetragen und somit die Auszeichnung redlich verdient.“ So zitiert die Sbr. Zeitg. am 8.10.2005 in indirekter Rede Karl Rauber, damals Minister für Bundes- und Europa-Angelegenheiten und Chef der Staatskanzlei. (<http://www.saarbruecker-zeitung.de>)

Unter dem Titel „Mancher Freiwillige hoffte auf ein großes Abenteuer“ wurde am 19. Nov. 2014, ein Artikel von Kraus zum 1. Weltkrieg veröffentlicht.

Einleitend thematisiert Kraus die „Kriegsschuldfrage“, die zum „Ausbruch“ des 1. Weltkrieges führte. Er bezieht sich auf Clarks Buch, der habe „die komplexen Ursachen und die Vorgeschichte des ersten Weltkrieges genauestens unter die Lupe genommen. Dabei räumt er sehr gründlich mit althergebrachten Ansichten auf.“

Für Kraus waren danach Deutschland, Russland und Frankreich gleich verantwortlich. Eine besondere Aggressivität des damaligen imperialistischen Deutschland gegenüber den europäischen imperialistischen Konkurrenten, gehört wohl zu den „aufgeräumten althergebrachten Ansichten“.

Auch die Sbr. Ztg. betreibt regionalgeschichtlich die Geschichtsfälschung. In mehreren Ausgaben wurden Beiträge des saarländ. Historikers A.H.V. Kraus zu verschiedenen Themen veröf-

Saarländischer Kreuzzug – Medienkampagne fürs Kruzifix

Die Saarbrücker Zeitung berichtete im September, der Präsident des saarländischen Oberverwaltungsgerichts habe das Kreuz im Gerichtssaal abhängen lassen. Prompt setzte eine Leserbriefkampagne „rettet das christliche Abendland“ ein. Als dann der Präsident des saarl. Verfassungsgerichts sich gegenteilig äußerte, ging's erst richtig los. Zustimmende Artikel zur Kreuzabnahme waren selten und oft antireligiös-aggressiv. Und der Leserbriefredakteur der SZ Alfred Schön immer pro-Kreuz kommentierend. Irgendwann reichte es mir und ich schickte den folgenden Leserbrief.

„Der Präsident des saarländischen Oberverwaltungsgerichtes hat im Gerichtssaal das Kreuz abhängen lassen. Damit ist er dem Verfassungsauftrag der Trennung von Staat und Kirche nachgekommen. Ein Gericht ist eine staatliche Einrichtung.



Das der Präsident des saarländischen Verfassungsgerichts am Kreuz festhält, halte ich für verfassungsrechtlich bedenklich. Aber in Bezug auf die „Staatskirchen“ gibt es noch mehrere bedenkliche Bereiche in der Verfassungswirklichkeit.

Mehrere Leserbriefschreiber/Innen empören sich, befürchten

den Untergang des „christlichen“ Abendlandes. Hier wird (bewusst?) Staat und Gesellschaft gleichgestellt. Das ist falsch und irreführend. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung Deutschlands gehört keiner der beiden „Staatskirchen“ an, Muslime, Juden, freie Christen u.a., Religionslose, atheistische Freidenker. Ich gehöre zu letzteren. Nein, mir sind keine Bürgerinitiativen gegen Wegkreuze, Kapellen oder irgendwelche christlichen Symbole in der Öffentlichkeit bekannt. Wir alle spazieren genauso vorbei, wie die meisten eingeschriebenen Kirchenmitglieder.

Ohne mich in innerkirchliche Angelegenheiten einmischen zu wollen, wenn die Zahlen der Mitgliedsbeiträge (Kirchensteuern) Zahlenden beständig zurückgeht, die Kirchen leer stehen, von den Kirchengemeinden verkauft werden, wenn also der Einfluss der „Staatskirchen“ in der Gesellschaft zurückgeht - kein Richter,

keine staatliche Institution ist dafür verantwortlich. Auch wir Nicht-Mitglieder der „Staatskirchen“ lassen die Kirchen im Dorf.

Und dass Leserbrief-Redakteur A. Schön einige höchst intolerante und antiislamische Leserbriefe nicht zurückweisend kommentiert, ist empörend. Zutiefst rassistisch äußert sich Frau S. Hüther, Blieskastel (11./12. Okt.): „Warum haben Juden, Muslime, Asylanten mehr Rechte als Deutsche? ... Wer Mut zur Wahrheit hat, wird in die rechtsextreme und ausländerfeindliche Ecke gestellt.“ Frau Hüther hält sich für mutig und im Besitz der Wahrheit, aber in der rechtsextremen Schmutzdecke möchte sie nicht stehen. Allerdings sind ihrer Auffassung nach die von ihr genannten in Deutschland lebenden Menschengruppen keine Deutsche – also undeutsch.

Ich frage mich, ob die Veröffentlichung dieses Leserbriefes nicht den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllt.“

Leserbrief Redakteur A.Schön antwortete sofort:

„Sehr geehrter Herr Dörrenbächer,
dann bin ich auf die Reaktion der Staatsanwaltschaft sehr gespannt, die beim Straftatbestand der Volksverhetzung gegen den Autor und gegen mich ermitteln muss.

Freundliche Grüße Alfred Schön“

Selbstverständlich wurde der Leserbrief nicht veröffentlicht. Und dass die Staatsanwaltschaft bei nur verbalem Rassismus selbst tätig wird, so politisch einfältig bin ich nun wirklich nicht. Aber das weiß der Herr Schön ja nicht.

Nun ist die abendländisch-rassistische Saat aufgegangen – und die SZ-Redaktion reiht sich ein in das Erstaunen der „politisch korrekten“ Medien und Politik.

Rainer D.

Forum „Kapitalismus – Krise – Kaputtsparen – Für ein Saarland der Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenwürde“

Montag, 02.02.2015 um 18 Uhr

im N.N. Nauwieser Neunzehn, Nauwieserstraße 19, Saarbrücken

Impulsreferat: Werner Rügemer, Publizist, Köln, wiss. Beirat von attac
Thema: „Austeritätspolitik als Instrument der Herrschenden“

Podiumsdiskussion mit Vertretern von ver.di, DIE LINKE, attac, aus sozialen Bewegungen, sowie der DKP

eine Veranstaltung der DKP Saarland

ORTSGEMEINDE
NIEDERHORBACH
Verbandsgemeinde Bad Bergzabern
Der Ortsbürgermeister

Niederhorbach, den 16. November 2014

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Die Mitglieder des Gemeinderates Niederhorbach haben in ihrer letzten Sitzung vom 14. Oktober 2014 einstimmig beschlossen, nicht wie seit vielen Jahren üblich, die alljährliche Spendensammlung im Namen des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge im Ort durchzuführen.

Vorweg wollen wir klarstellen, dass damit keinerlei Kritik an der Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge verbunden ist. Diese Arbeit gegen das Vergessen ist wichtig und richtig und wir rufen anstelle einer Haussammlung selbstverständlich auch 2014 in Niederhorbach zu Spenden auf.

Aber:

Offenbar erinnern sich etliche Vertreter unserer großen Politik nicht mehr an genau jene Denkanstöße gegen das Vergessen, wenn sie die Ansicht vertreten, Deutschland sei in der Pflicht, mit Mann und Material an internationalen Brandherden mitzuzündeln. Wir sagen: Wenn im Militärhaushalt Geld ist, um in fremde Kriege zu ziehen, dann ist erst recht Geld da, vorhandene und zwangsläufig hinzukommende Gräber gefallener Soldaten zu pflegen.

Vielleicht sollten an unserer statt genau jene politischen Entscheider selbst von Haus zu Haus ziehen zu den Familien, Kindern und Enkeln der Kriegsoffer, ihr Vorhaben dort selbst begründen und um finanzielle Unterstützung zur Grabpflege bitten. Vor diesem Hintergrund sind wir als Kommunalpolitiker auf unterster Ebene nicht willens, Geld aus den Niederhorbacher Privathaushalten zusammenzubetteln und stellen diesen Job hochrangigeren, andersdenkenden Staatsdienern zur Verfügung.

Krieg geht von deutschem Boden aus, wenn deutsche Soldaten in die Kriege der Welt getrieben werden, und wenn die deutsche Rüstungsindustrie erfolgreich ihrem Bombengeschäft nachgeht.

Mit freundlichen Grüßen,
Der Gemeinderat Niederhorbach

Luxemburg – Liebknecht Wochenende Berlin

- **XX. Rosa Luxemburg Konferenz: FRIEDEN statt NATO**
Samstag, 10. Januar, Urania; Veranstalter „junge Welt“
- **Lenin – Liebknecht – Luxemburg – Treffen der DKP**
Samstag, 10. Januar, 19.30 Uhr, im Rahmen d. R. Luxemburg Konferenz
- **Demonstration im Rahmen der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung**
Sonntag, 11. Januar 2015; 10.00 Uhr; U-Bhf. Frankfurter Tor

Bundesverfassungsgericht kastriert für Vatikan Grundrechte

Entlassung eines wiederverheirateten Düsseldorfer Arztes rechtens

Ein geschiedener Chefarzt heiratet ein zweites Mal. Er arbeitet in einem katholischen Krankenhaus. Die Kündigung folgt auf dem Fuße. Denn nach seinem Arbeitsvertrag ist die zweite Ehe ein Kündigungsgrund (Aktenzeichen: 2 BvR 661/12). Doch die Arbeitsgerichte erklären sie für unwirksam, einschließlich dem Bundesarbeitsgericht.

Das Bundesverfassungsgericht sieht das jetzt anders. Der zweite Senat des obersten deutschen Gerichtes, in dem auch der saarländische Ex-Ministerpräsident Peter Müller (CDU, aktiver Katholik) sitzt, stärkte die Sonderrechte der Kirchen und verdonnerte die Bundesarbeitsrichter zu einer Neuauflage des Prozesses.

Die katholische Kirche zeigte sich erfreut: „Die Entscheidung stärkt das Selbstbestimmungsrecht der Kirche“, sagte etwa der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx (chem. Trier, jetzt Erzbischof v. München).

Vor den Arbeitsgerichten hatten solche Angestellten wegen der starken Kirchenrechte in der Vergangenheit eher schlechte Karten. In der Karlsruher Entscheidung liegt aber auch ein bescheidener Erfolg für die Arbeitnehmer. Denn Karlsruhe hat auch deutlich gemacht, dass die Grundrechte der Arbeitnehmer mitzählen und beide, die Grundrechte des kirchlichen Arbeitgebers wie die der Angestellten sorgfältig gegeneinander abgewogen werden müssen. Da das Bundesarbeitsgericht dies nicht ordentlich gemacht hat, muss es im Chefarzt-Fall noch mal ran.

Für mehr als 1 Million Beschäftigte (allein die Caritas beschäftigt in bundesweit 25 000 Einrichtungen 559 000 Arbeitnehmer) sind die Rechte im Arbeitsleben eingeschränkt. Was gegenwärtig ein normales gesellschaftliches Leben ausmacht, ist für diese mit Arbeitsplatzrisiken verbunden. In manchen Regionen ist die „freie Wahl des Arbeitsplatzes“ kaum noch möglich.

Die Gewerkschaft Verdi im Saarland hat mit Enttäuschung und Unverständnis auf das Urteil reagiert. Es könne nicht sein, „dass in Bereichen, die mit Steuergeldern und Sozialversicherungsbeiträgen finanziert werden, kirchliches Recht über dem bürgerlichen Recht steht“, sagte Michael Quetting, zuständig für den Bereich Kirchen, der SZ. Den Kirchen wirft er „Doppelmoral“ vor. Bei Ärzte- und Pflegekräftemangel drückten sie bei Verstößen gegen Grundsätze der Glaubens- und Sittenlehre ein Auge zu. „Wenn sie es sich leisten können, greifen sie durch.“ Verdi fordert, dass sich die Kirchen am staatlichen Arbeitsrecht ausrichten. Das würde Arbeitnehmern Sicherheit geben, sagte Quetting.

nach einer Meldung der Saarbr. Zeitg, 21.11.2014; bearb. RainerD.

Spielfilm: Im Labyrinth des Schweigens

Zurzeit läuft in einigen Kinos der Spielfilm "Im Labyrinth des Schweigens". Der Regisseur Giulio Ricciarelli bietet Gelegenheit, auf spannende Art und Weise die damalige Zeit (Ende 50er / Anfang 60er Jahre) und den vorherrschenden



auf Initiative Bauers am Landgericht Frankf.

Zeitgeist filmisch zu erleben. Das sog. Wirtschaftswunder und der Konsum, die biedere Gemütlichkeit, u.a. deutlich in "Der Adenauer macht das schon!" und "Frauen dürfen nun auch ohne Zustimmung des Ehemannes arbeiten!", auch das Massenbewußtsein des Vergessens und Verdrängens werden dargestellt.

Der Film beleuchtet das Wirken von Fritz Bauer, der einer

der bedeutendsten Staatsanwälte war, den die Bundesrepublik Deutschland hervorbrachte. Als engagierter Generalstaatsanwalt in Frankfurt /M setzte er mit mutigen Kollegen gegen Widerstände von höchster politischer Stelle die sogenannte justiziable Vergangenheitsbewältigung in Gang. Mit seinem Namen verbinden sich die Überführung Eichmanns nach Israel, die Wiederherstellung der Ehre der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 und die Frankfurter Auschwitz-Prozesse (1963 bis 1965 und 1965 bis 1966 sowie 1967 bis 1968).

Ein interessantes Detail bezüglich eines Ereignisses in Bad Kreuznach:

Die von Fritz Bauer erstellte Broschüre "Die Wurzeln faschistischen und nationalistischen Handelns" sollte nach dem Willen des pfälzischen Landesjugendrings in den Oberstufen der Gymnasien bearbeitet werden. Nach einer Diskussion im Landtag entschied der damalige Kultusminister Orth dies nicht zu tun. Anfang Oktober 1962 imitierte der Landesjugendring ein Streitgespräch zwischen Orth und Fritz Bauer im Saal des Bootshauses an der Nahe Brücke in Bad Kreuznach.

Orth kam nicht selbst, sondern schickte seinen Vertreter den damaligen Abgeordneten Helmut Kohl. Der sagte, dass die Schüler nicht die Vorraussetzung besäßen die Ausführungen Bauers in den historischen Gesamtzusammenhang einzuordnen. Der zeitliche Abstand sei noch viel zu kurz, dass ein abschließendes Urteil über den Nationalsozialismus gefällt werden könne. Siehe auch Hinweise: http://de.wikipedia.org/wiki/Im_Labyrinth_des_Schweigens (Buch: Wider der Tabuisierung des Unrechts/Google Eingabe: Fritz Bauer Helmut Kohl)

Heinz Klein

Sechstes Kulturseminar auf Burg Waldeck 19. – 21. Juni 2015 linker lieder sommer

für eine solidarische Welt – gegen Ausbeutung und Krieg

Im nächsten Jahr findet wieder ein linker lieder sommer auf Burg Waldeck / Hunsrück statt. Herzlich eingeladen sind Künstler, Musikgruppen, Sänger und Leute, die im Seminar oder am Lagerfeuer sich mit Gleichgesinnten austauschen möchten.

Teilnahmekosten: 22.- Euro; Tageskarte 12.- €; ermäßigt: 10.- € / 5.- €

Anmeldung, Info: Karin Gottlieb, Frinkenstraße 9, 55743 Idar-Oberstein oder: www.linker-liersommer-waldeck.de

Veranstalter:

Deutscher Freidenker Verband, Landesverbände Rheinland-Pfalz/Saarland, Hessen, NRW, Baden-Württemberg.;
Arbeiterfotografie

Trierer Bischof stolpert über Maulkorb

Das Bistum Trier ist mit einem „Maulkorb“-Antrag gegen die Gesamt-Mitarbeiter-Vertretung des eigenen Bistums gescheitert. Das kirchliche Arbeitsgericht in Mainz hat die Veröffentlichung einer kritischen Pressemitteilung als Recht auf freie Meinungsäußerung beurteilt.

Die Bistumsleitung mit Bischof Ackermann und Generalvikar Bätzing wollten der GMAV verbieten, sich kritisch über die Sparbeschlüsse des Bistums zu Äußern und hatte beim kirchlichen Arbeitsgericht geklagt. Die GMAV hatte die Frage gestellt, ob angesichts der positiven Finanzentwicklung „am Umfang und Zeitrahmen des Kostensenkungsbeschlusses“ noch festgehalten werden könne. Sparen „zu Lasten der Mitarbeiter ist nicht zu rechtfertigen.“

Die Bistumsleitung ist sauer und will vor dem eigenen Gericht in Berufung gehen. Denn das wissen wir ja, beim Geld hört jeglicher katholischer Spaß auf.

nach einer Meldung der Sbr.Ztg. - RainerD.

Die „SAARBRÜCKER ZEITUNG“ ist im Saarland die einzige regionale Tageszeitung. Zur Verlagsgruppe gehört auch der „WOCHENSPIEGEL“, das einzige landesweit erscheinende Anzeigenblatt. Die angrenzenden Regionen Pfalz und Trier werden ebenfalls versorgt. „Pfälzischer Merkur“ und „Trierischer Volksfreund“ gehören dazu und auch die ehemalige SED Zeitung „Lausitzer Rundschau“. Das ganze gehört seit 1.Jan.2013 zur „Rheinische Post Mediengruppe“. Und das Bundeskartellamt hatte ohne Auflagen zugestimmt. Monopole ?

Saarbrücker Zeitung v. 8. Sept. 2014



KARIKATUR: BENGEN

zu diesem Heft

(Fortsetzung v. Seite 3)

Endlich hat ein nichtdeutscher Historiker Deutschland von der Hauptkriegsschuld am „Ausbruch“ des 1. Weltkriegs eingewaschen. Der Australier Christopher Clark hat mit seinem Buch „Die Schlafwandler“ die lang ersehnte Grundlage geliefert. Die Reinwaschung findet nicht nur im ZDF, sie findet auch in der Regionalpresse statt. siehe Seite

Das Abendland ist bedroht: durch Islamisten, Salafisten, Burka-Trägerinnen, Wirtschaftsflüchtlinge, Asylanten, rumänische Roma-Bettler, Multi-Kulti-Gutmenschen, gottlose Freidenker, Linkspolitiker, Sozialisten, Streikende und Kommunisten (es gibt noch viel mehr). Da nehmen die biedereren Brandstifter in Parlamenten, Parteien und Redaktionen es selbstverständlich in Kauf, wenn sich Faschisten und der „Stammtisch“ mit gutsituierten Bürgern zusammenrotten. Aber oh Schreck – doch nicht so viele auf einmal. Und während ich das schreibe, höre ich die Meldung, in Bayern wurde die erste Flüchtlingsunterkunft von Neofaschisten in Brand gesteckt. Bayerns Innenminister Herrmann „ist entsetzt“. - Ich nicht, das war zu erwarten.

Rainer Dörrenbecher